



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/180 - 8.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Zivilisten und Militäre im Verteidigungsministerium -Auf die Qualität kommt es an -	S. 1
Risse in der österreichischen Koalition	S. 3
Erfolge und Programme in München	S. 5
Sowjetzonale Modevorschrift	S. 6

Verantwortung der Personalpolitik

Von Wilhelm Mellies

Die Beratungen über die nach dem Freiwilligengesetz notwendigen Stellenpläne im Sicherheitsausschuss und Haushaltsausschuss des Bundestages zeigten erneut, wie schlecht und gefährlich die Verabschiedung dieses Gesetzes vor den Ferien war. Da der Bundesrat der notwendigen Besoldungsordnung noch nicht zugestimmt hatte, fehlte für die Beratungen das gesetzliche Fundament. Trotzdem wurde der Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder der beiden Ausschüsse, die Beratungen auszusetzen, abgelehnt. Die Ferienreise war den Koalitionsparteien wichtiger als eine wirklich fundierte Beschlußfassung.

Durch die Bestimmung des Gesetzes, dass keine militärischen Verbände - d.h. keine Bataillone oder Abteilungen - aus den Freiwilligen gebildet werden dürfen, kam der Verteidigungsminister in eine gewisse Verlegenheit. Sie brauchte nicht zu entstehen, wenn er nicht im Einverständnis mit den Regierungsparteien darauf bestanden hätte, für alle 6 000 sofort Stellen zu schaffen. Da nach den Ausführungen des Ministerrats dem Parlament gleich nach den Ferien ein erster Nachtragshaushalt vorgelegt werden soll, hätte es durchaus genügt, ein Drittel oder die Hälfte der 6 000 Stellen durch die Ausschüsse vorweg zu bewilligen.

Da man aber die 6 000 Stellen auf alle Fälle wollte, mußte man sie neben den Lehrgängen usw. im Ministerium unterbringen. So fanden sich in der Vorlage allein 1141 Stellen für das Ministerium. Der Vor-

schlag der Sozialdemokraten, die Hälfte davon zu streichen fand keine Gegenliebe. Aber die Sorge der Koalitionsparteien vor diesem Wasserkopfmministerium war doch auch so groß, dass man 300 Stellen beim Ministerium strich und sie bei den anderen Positionen einsetzte.

In den Ausschüssen wurde auch über das Verhältnis von zivilen und militärischen Stellen im Ministerium lange debattiert. Diese Frage wird bei den Beratungen über das Organisationsgesetz für das Ministerium auch in der Öffentlichkeit noch eine große Rolle spielen.

Es wäre aber verfehlt, wenn man dieses Problem nur unter dem zahlenmäßigen Gesichtspunkt sehen wollte. Gewiß, er fällt entscheidend ins Gewicht. Aber die Frage nach der Qualität der Kräfte darf dabei nicht übersehen werden. Nicht nur zahlenmäßig, auch qualitativ müssen die Kräfte gut ausgewogen sein. In der ersten Frage soll das Parlament entscheidend mitsprechen, bei der zweiten beginnt die große Verantwortung des Verteidigungsministers und der Bundesregierung. Wenn die zivilen oder militärischen Kräfte im Ministerium das Gefühl haben müßten, dass zwar zahlenmäßig alles ausgewogen, die eine oder die andere Seite aber durch die qualitative Überlegenheit des Gegenspielers überrollt worden sei, so müßte sich das für die Arbeit im Ministerium schlecht auswirken, es könnte aber auch für die Demokratie verhängnisvoll werden.

In der bisherigen Dienststelle Blank hat man sich sicher bemüht, die Dinge auszugleichen. Verteidigungsminister und Bundesregierung müssen aber prüfen, ob die Maßstäbe der Dienststelle Blank bei ihrer Beschränkung in der fachlichen Arbeit und in der Zahl der Kräfte noch dieselben im Verteidigungsministerium sein können.

Man betont in Bonn gern, dass man bei dem Aufbau von Ministerien und Verwaltungen in der letzten Jahre große Erfahrungen gesammelt habe. Das ist sicher richtig. Die Aufgabe beim Aufbau des Verteidigungsministeriums ist aber aus der Natur der Sache besonders schwierig und und muß deshalb von besonderer Verantwortung getragen werden. Niemand sollte die Bedeutung dieser Aufgabe verkennen.

ÖVP contra SPÖ

K.F., Wien

Die Koalition zwischen der österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs hat sich in den vergangenen zehn Jahren im allgemeinen gut bewährt. Sie wird auch bei den kommenden Entscheidungen von großer Bedeutung sein. Da beide Parteien praktisch gleich stark sind, ist eine auf die andere angewiesen.

Um das Verdienst am Staatsvertrag

Im Zeichen der wiedererlangten Freiheit ist es aber nur zu einer Koalitionskrise gekommen. Es geht der ÖVP (Österreichische Volkspartei) darum, das verlorene Übergewicht über die SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs) zurückzugewinnen und für Neuwahlen eine gute Ausgangsposition zu erlangen. Dazu scheint ihr nun die Zeit gekommen. Das plötzliche sowjetische Entgegenkommen in der Frage des österreichischen Staatsvertrages hat nämlich der Regierung unter der Führung des Bundeskanzlers und ÖVP-Parteibornnes Julius Raab einen Nimbus verliehen, den die ÖVP gerne für sich allein in Anspruch nehmen möchte. Schließlich ist die einzige österreichische Unterschrift unter dem Staatsvertrag vom 15. Mai die des früheren Bundeskanzlers und des ÖVP-Parteibornnes, Leopold Figl, in seiner Eigenschaft als Außenminister. Die entscheidende Rolle, die die Sozialisten bei der Wiedererlangung der Freiheit und Unabhängigkeit spielten, insbesondere auch das persönliche Verdienst des sozialistischen Vizekanzlers Adolf Schärf und des sozialistischen Staatssekretärs im Außenministerium, Bruno Kreisky, sind für die Masse der politisch wenig geschulten Wählerschaft begrifflich schwerer zu fassen als die irriqe Vorstellung, Raab und Figl hätten dem Volk die Freiheit gebracht. Gerechterweise müßte man sagen, beide Parteien haben das gleiche Verdienst.

Erhöhte Straßenbahntarife als Vorwand

Die ÖVP, die von Wahl zu Wahl an prozentualen Stimmenanteil eingebüßt hatte, sieht nun in der Spekulation auf die politische Oberflächlichkeit der Wählermasse und in der Zugkraft der von ihrer Demagogie genährten Einschätzung des Verdienstes am Zustandekommen des Staatsvertrages die beste Gelegenheit, wieder an Boden zu gewinnen. Es war längst klar, dass sie nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages auf Neuwahlen drängen würde, unklar war lediglich, was sie zum Anlass von Auseinandersetzungen nehmen würde, die schwerwiegend genug sind, um die vorzeitige Ausschreibung der erst 1957 fälligen Neuwahlen zu rechtfertigen.

Diesen Anlass fand sie in der Erhöhung der Wiener Straßenbahntarife. Diese Tarifierhöhung sei eine Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität und damit eine Gefährdung alles bisher Geschaffenen... Die Wiener Straßenbahnen weisen als Folge von Gehaltserhöhungen und notwendigen Investitionen ein beträchtliches Defizit auf, das entweder durch eine Erhöhung der Fahrpreise oder durch Steuermittel abzudecken ist. Würden Gemeindesteuern verwendet, so müßte der soziale

Wohnbau eingeschränkt werden. Die Sozialisten im Wiener Gemeinderat entschlossen sich daher schweren Herzens zu der sehr unpopulären Tarifierhöhung. Eine Straßenbahnfahrt, die bisher 1,30 Schilling gekostet hat, wird ab 1. September 1,90 Schilling, also fast um 50 % mehr kosten. Um die Mehrbelastung der Wiener Bevölkerung etwas zu verringern, wurden gleichzeitig die Grundgebühren für Gas und elektrischen Strom ermäßigt.

Die Tarifierhöhungen sind umso unbeliebter, als von verschiedenen Seiten Preiserhöhungen folgten oder zumindest angekündigt wurden. Die Vollbeschäftigung und die Hochkonjunktur haben Preissteigerungstendenzen ausgelöst und als Sündenbock soll die sozialistische Wiener Gemeindeverwaltung mit ihren gewiß sehr unerfreulichen Tarifierhöhungen erhalten. Solange nur die Privatwirtschaft die Preise in die Höhe trieb, war alles gut und schön, wenn aber die Verwaltung einer großen Gemeinde von nahezu 2 Millionen Einwohnern für eine saubere und ordentliche Gebarung sorgt, ist das ein Verrat an Österreich. So sind zum Beispiel die Holzpreise seit 1938 auf das Fünfundzwanzigfache gestiegen, die Tarife der Wiener Stadtwerke, zu denen die Straßenbahnen gehören, aber werden nach der Neuregelung das Fünfeinhalbfache betragen.

Wahlstrategie oder Verantwortungsbewußtsein

Die ÖVP weiß nur zu gut, dass bei Wahlen sachliche Erwägungen und politische Vernunft weniger ausschlaggebend sind als gefühlsmässige Einstellungen, die noch dazu durch reichliche Demagogie gestärkt werden. Darauf baut sie ihre Zukunftshoffnungen auf. In der Frage der Tarifierhöhungen der Wiener Straßenbahnen haben die ÖVP-Gemeinderäte der SPÖ ein Ultimatum von vier Wochen gestellt. Bundeskanzler Raab hat aus dem Koalitionskonflikt in Wien eine gesamtösterreichische Koalitionskrise gemacht, indem er das Vorgehen der sozialistischen Gemeinderäte bei der stürmischen Abstimmung vom 22. Juli als "Mißachtung der Koalition" und die Tarifierhöhung als Gefährdung der Stabilität bezeichnete. Der Sprecher der Sozialisten im Parlament, Bruno Pittermann, hat erst kürzlich eindringlich auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Koalition im Interesse des österreichischen Volkes hingewiesen.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die ÖVP tatsächlich das immerhin begreifliche Interesse an der Auffrischung ihrer Parteireputation durch Neuwahlen höher stellt als das Interesse des Volkes an einer geordneten und funktionierenden Politik in der entscheidenden Zeit des Überganges von der Unfreiheit zur Freiheit und Selbständigkeit. Siegt die Wahlstrategie oder die staatsmännische Verantwortlichkeit - das ist die große Frage, die über der gegenwärtigen österreichischen Koalitionskrise steht.

Bayern stellt sich neue Aufgaben

M.R., München

Der Bayerische Landtag, gewählt am 28. November 1954, hat seine erste Legislaturperiode hinter sich gebracht. Die Bayerische Regierung hat bewiesen, dass Bayern auch ohne die sich als Staatsbestandteil wählende CSU regiert werden kann. Die Regierungsparteien SPD, BP, BHE und FDP haben ihre politischen Programme so zu koordinieren verstanden, dass jeder Einbruchversuch der CSU zum Scheitern verurteilt war. Wenn man bedenkt, dass ein maßgeblicher Wirtschaftler der CSU die Bayerische Regierung zu Beginn des Jahres als "Faschingsregierung" bezeichnete, die diese ausgelassene Zeit nicht überdauern werde, man heute aber parteioffizielle Erklärungen der CSU vernimmt, dass sie sich auch auf eine Oppositionszeit einrichtet, die über die Wahlperiode dieses Parlaments hinausgeht, so zeigt das die Größe des eingetretenen Wandels.

Als erstes großes Ergebnis kann die bayerische Koalition die Verabschiedung eines Lehrerbildungsgesetzes verzeichnen. Dieser Gesetzentwurf wurde in der zweiten Lesung mit 111 gegen 77 Stimmen angenommen. Damit ist die politische Entscheidung über dieses Gesetz gefallen. Es ist der mit allen Mitteln - nicht zuletzt auch mit der Drohung vom Fegefeuer - anrennenden CSU nicht gelungen, auch nur einen einzigen Abgeordneten aus der Koalitionfront herauszubrechen. Nunmehr werden die Verhandlungen mit den beiden Kirchen aufgenommen werden. Letztlich geht es dabei um die Herstellung eines dauerhaften, guten Verhältnisses zwischen Staat und Kirche.

Die bayerische Koalition ist aber nicht bei diesem Erfolg stehen geblieben. Sie hat ein "Sonderleistungsprogramm" verkündet, - und die Regierung hat sich darauf verpflichtet - dessen Finanzierung feststeht und das Zug um Zug durchgeführt werden wird. Die Regierung wird dieses "Sonderleistungsprogramm" mit festen Terminen versehen, um der Öffentlichkeit genaue Kontrollen zu ermöglichen, dass gegebene Versprechen auch eingehalten werden. Das Programm umfasst u.a. einen zusätzlichen Wohnungsbau von 3 000 Wohneinheiten für Kinderbenittelte mit einem

Monatseinkommen bis 400,- DM etwa. In drei Jahren sollen 500 km Straße neu gebaut werden, außerhalb des laufenden Straßenbauprogramms. In Zusammenarbeit mit dem Bund sollen weitere wichtige Eisenbahnstrecken elektrifiziert und Autobahnstrecken gebaut werden. Ganz besondere Aufmerksamkeit soll der Erforschung und dem Ausbau der Atomkraft für friedliche Zwecke gewidmet werden. Ein weiterer wesentlicher Punkt dieses 10-Punkteprogramms wird eine verbilligte Maschinenbeschaffung insbesondere für die Kleinlandwirtschaft sein.

Die CSU, die bisher noch kein Oppositionsprogramm erstellen konnte, versucht dieses "Sonderleistungsprogramm" als Propagandaschlager abzutun. Mehr hat sie in ihrer Hilflosigkeit nicht dazu zu sagen.

* * *

Bekleidungskultur ...

Kj. Die Zeiten, da der "klassenbewußte Proletarier" schlipslos mit Rollkragen und Ballonmütze herumzulaufen hatte, sind vorüber. Auch in der Sowjetzone. Linientreue mißt man heute mit anderen Maßen. Weil das koexistenzielle Liebeswerben um die "Friedensfreunde aus dem bürgerlichen Lager" nützlicher zu sein scheint als früher geübte Provokationen, bemüht man sich neuerdings mit Fleiß um einen solideren Habitus.

In der SED-Presse mehren sich die Leserzuschriften, in denen eine "höhere Bekleidungskultur" gefordert wird. An die Stelle der ebenso berühmten wie fruchtlosen Kampagnen zur "Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Textilien und Schuhwaren" ist der Aufruf getreten, sich doch - bitte schön - geschmackvoller anzuziehen. Unter geschickter Verwendung des Produktionsangebots, versteht sich. Appelliert wird an die Besucher von Theatern, Konzerten und HO-Restaurants, durch passende Garderobierung den "volkseigenen Einrichtungen" Referenz zu erweisen. Sportanzüge, offene Hemden und Rollkragen hätten da nichts zu suchen, denn "wie leicht kann ein westdeutscher Besucher dadurch einen ganz falschen Eindruck von den Lebensbedingungen in der DDR bekommen und so unbewußt der westlichen Hetzpropaganda zum Opfer fallen."

Wie ernst es in der Zone um die bekleidungskulturellen Ambitionen steht, erfährt man in den Cafés "Warschau" und "Budapest" auf der ostberliner Stalin-Allee: Wer ohne Schlips kommt, wird nicht hereingelassen. (Verlautet wird, dass die Kellner dort einen blühenden Krautwattenverleih eröffnet haben, um der Würdelosigkeit nackter Hemdbrüste abzuhelpen.)